

Not welcome, Mr. President – Bush nicht willkommnen!

US-Präsident George W. Bush kommt am 13. Juli 2006 auf Einladung von Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Stralsund in Mecklenburg-Vorpommern.

Bush ist uns nicht willkommen, weil er ein Präsident des Krieges ist

Bush verantwortet seit 2001 zwei Kriege: Afghanistan und Irak. Sein nächstes Ziel heißt Iran. Auch die Bundesregierung ist hierfür mitverantwortlich.

Afghanistan Nach dem 11. September 2001 begann der so genannte Krieg gegen den Terrorismus mit dem Angriff auf Afghanistan. Auch die Bundeswehr beteiligte sich daran. Noch heute ist sie Teil der Operation Enduring Freedom: Hunderte KSK-Elitesoldaten kämpfen unter US-amerikanischem Befehl im Süden des Landes.

Irak Bush ging es beim Einmarsch in den Irak nicht um Massenvernichtungswaffen, Demokratie und Menschenrechte. Es ging um Öl und die Vormachtstellung der USA. Die Bundesregierung ist an diesem Krieg beteiligt. Sie erlaubt, dass das US-Militär von Deutschland aus den Nachschub für die Truppen im Irak liefert.

Iran Jetzt droht die US-Regierung mit Krieg gegen Iran. In ihren Planspielen schließt sie selbst den Einsatz von Atomwaffen nicht aus. Merkel hat Bush ihre Unterstützung zugesichert. Die USA und Deutschland forderten in den letzten Monaten eine Resolution des UN-Sicherheitsrats, die Sanktionen gegen den Iran vorsieht.

DIE LINKE. fordert im Bundestag: Kein Militäreinsatz gegen den Iran!

Bush ist uns nicht willkommen, weil er ein Präsident des Rechtsbruchs ist

Bush hat gelogen, um den völkerrechtswidrigen Angriff auf den Irak zu rechtfertigen. Er hat Recht und Völkerrecht vielfach gebrochen. Bis heute sind im Irak keine Massenvernichtungswaffen gefunden worden. Beim Internationalen Gerichtshof und beim Klimaschutz verweigert sich Bush. Gleichzeitig lassen die USA weltweit Menschen entführen, foltern und in geheimen Gefängnissen verschwinden. In Guantanamo werden seit Jahren Personen in Haft gehalten. Ein ordentliches Gerichtsverfahren wird ihnen verwehrt. Diese Praxis widerspricht allen rechtsstaatlichen und völkerrechtlichen Prinzipien.

DIE LINKE. fordert im Bundestag: Guantanamo schließen!

Merkel will Freundschaft mit Bush – wir wollen Frieden

„Stoppt den Krieg, bevor er beginnt.“ Das war schon 2003 das Motto der weltweiten Bewegung gegen den Irak-Krieg. Bush ignorierte sie damals. Heute aber lehnen neben den Menschen in fast allen Ländern auch die meisten Menschen in den USA einen Krieg gegen den Iran ab.

Wir demonstrieren nicht gegen die USA. Im Gegenteil, bei unseren Protesten wissen wir uns Seite an Seite mit dem demokratischen Amerika.

Wir können bei uns einen entscheidenden Beitrag leisten, um den Krieg zu verhindern. Eine starke Friedensbewegung kann die schwarz-rote Regierung von ihrem bisherigen Kurs abbringen.

Deshalb sollten wir nach Stralsund fahren.



Auf der Demonstration am 13. Juli in Stralsund spricht Wolfgang Gehrcke, Mitglied der Fraktion DIE LINKE.

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22751170, Telefax: 030/22756128
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G